

# „Das Weltvermögen wird neu verteilt“

Ökonom Ottmar Edenhofer über die weit reichenden Folgen globaler Klimaabkommen und neuer Emissionsvorschriften

**Ottmar Edenhofer** gilt als einer der einflussreichsten Klimaexperten Deutschlands. Er ist stellvertretender Direktor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vermeidung des Klimawandels“ im Weltklimarat IPCC.

**SZ:** Herr Professor Edenhofer, Sie glauben, Klimagipfel wie der in Cancun Ende November würden künftig immer weniger zu Umwelt- und immer mehr zu Wirtschaftskonferenzen. Warum?

**Edenhofer:** Wir müssen uns von der Illusion frei machen, dass Klimafragen reine Umweltpolitik sind. Für viele Länder geht es doch längst zuerst um handfeste wirtschaftliche Interessen. Mit Problemen wie Versteppung oder dem Schmelzen von Gletschern hat das manchmal nur noch indirekt zu tun. Denn die Klimapolitik reicht heute in viele politische Bereiche hinein. Immer stärker kristallisiert sich vor allem eins heraus: Die Klimapolitik könnte in den nächsten Jahren das Weltvermögen neu verteilen.

**SZ:** Wie das?

**Edenhofer:** Nicht die fossilen Energieträger werden im Laufe des 21. Jahrhunderts knapp, sondern die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre. Wir haben mehr fossile Energieträger im Boden, als wir in der Atmosphäre ablagern dürfen, wenn wir gefährlichen Klimawandel vermeiden wollen. Das ändert sich auch nicht dadurch, dass Öl knapp wird. Es würde nur dazu führen, dass Ölsande stärker genutzt werden und die Verflüssigung von Kohle rentabel würde. Ein hoher Ölpreis führt daher zu steigenden Emissionen. Es würde noch mehr Kohle genutzt. Und die Kohle ist relativ billig und reichlich vorhanden. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Klimapolitik muss dafür sorgen, dass ein großer Teil der fossilen Vorkommen im Boden bleibt und gar nicht erst genutzt wird. Und genau das verringert Einkommen und Vermögen der Besitzer von Kohle, Öl und Gas.

**SZ:** Was lässt die Atmosphäre noch zu?

**Edenhofer:** Nehmen Sie das Beispiel Kohle: Weltweit lagern noch 12 000 Gigatonnen Kohlenstoff im Boden. Wollen



*Klimaforscher Ottmar Edenhofer glaubt nicht an einen Erfolg von Cancun. Der nächste Uno-Klimagipfel beginnt am 29. November. Ziel ist unter anderem ein rechtlich verbindliches Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll.*

Foto: dpa

wir das Ziel erreichen, dass sich die Erde keinesfalls um mehr als zwei Grad erwärmt, dürfen wir bis Ende des Jahrhunderts aber nur noch etwa 230 Gigatonnen in der Atmosphäre ablagern. Das bedeutet, dass ein Großteil der Kohlevorräte nicht mehr genutzt werden darf. Der Wissenschaft ist das längst klar. In der Politik traut sich das bislang niemand offen zu sagen.

**SZ:** Rohstoffreiche Länder werden das kaum mit sich machen lassen.

**Edenhofer:** Die Industrieländer haben die Atmosphäre bisher kostenlos genutzt und die negativen Folgen ignoriert. Die Besitzer von Kohle, Öl und Gas werden von einer ambitionierten Klimapolitik nicht begeistert sein, denn sie haben davon profitiert, dass es für die Nutzung der Atmosphäre keinen Preis gab. Aber jeder Strukturwandel hat seit der Industrialisierung zu einer Umverteilung von Vermögen geführt.

**SZ:** In der Ölbranche machen Sie sich mit der These keine Freunde ...

**Edenhofer:** Seit ich diese ökonomische Selbstverständlichkeit beiläufig in einem Buch veröffentlicht habe, bekomme ich tatsächlich ständig Post von Ölfirmen. Aber es wird ja nicht nur Verlierer geben. Neue Knappheiten führen zu Innovationen, und Innovatoren sind die Gewinner in Marktwirtschaften. So wie die Steinzeit nicht an einem Mangel an Steinen zu Ende gegangen ist, so wird auch die Ära der fossilen Brennstoffe nicht mangels Ressourcen auslaufen. Sie werden verdrängt von neuen Technologien wie den erneuerbaren Energien.

**SZ:** Für einen effektiven Klimaschutz braucht es internationale Abkommen. Wie soll das klappen?

**Edenhofer:** Die Klimapolitik bietet die Chance für einen gerechten Lastenausgleich. Eine vieldiskutierte Möglichkeit wäre, die Emissionsrechte an Länder

nach Bevölkerungsgröße zu verteilen, so dass am Ende jeder Mensch das gleiche Recht auf das Nutzen der Atmosphäre hat. Davon würden vor allem Afrika, aber auch Indien profitieren. Es wird dann darauf ankommen, dass diese Mittel der Entwicklung dieser Länder zugutekommt und nicht korrupten Eliten.

**SZ:** Ressourcenbesitzer lassen durchblicken, dass die Welt ihnen Kohle, Gas und Öl dann abkaufen müsste, damit sie es nicht nutzen ...

**Edenhofer:** Möglich, aber das wäre, als würde man einen Raucher fürs Aufhören bezahlen. Das ist international nicht durchzusetzen. Klimapolitik soll nicht nur effizient sein, sie muss auch gerecht sein, sonst wird sie scheitern.

**SZ:** Wie lange wird der Übergang in eine CO<sub>2</sub>-freie Wirtschaft dauern?

**Edenhofer:** Ziemlich lange. Der Übergang wird fast das ganze 21. Jahrhundert

beanspruchen. Wir sind noch für eine lange Zeit auf Kohle, Öl und Gas angewiesen. Wir sollten spätestens 2020 den Höhepunkt der Treibhausgasemissionen erreichen. Danach muss das Emissionsvolumen abnehmen. Erst gegen Ende des Jahrhunderts werden wir CO<sub>2</sub>-frei wirtschaften. Wir stehen vor einer neuen langen Phase des Strukturwandels.

**SZ:** Der Gipfel von Kopenhagen ist am Streit zwischen Industrie- sowie Schwellen- und Entwicklungsländern geplatzt. Die Industriestaaten haben eine historische Schuld, weil sie den Großteil der bisherigen Emissionen verantworten. Müssen wir künftig dafür zahlen?

**Edenhofer:** Entwicklungsländer sehen das so. Aber James Watt hatte doch Ende des 18. Jahrhunderts noch gar keine Ahnung, dass seine Erfindung, die Dampfmaschine, der Beginn des Treibhauspro-

**„Wir stehen vor einer langen Phase des Strukturwandels.“**

blems sein könnte. Erst seit 1995 ist klar, was wir mit unserer Art zu wirtschaften riskieren. Man kann die Industrieländer für das, was davor passierte, vernünftigerweise nicht verantwortlich machen. Klar ist aber, dass wir in der Pflicht stehen, Entwicklungsländern beim künftigen Umbau ihrer Wirtschaft zu helfen.

**SZ:** Wird die Staatengemeinschaft in Cancun den Durchbruch schaffen?

**Edenhofer:** Wohl nicht. Die Fronten sind verhärtet. Es ist an der Zeit, sich zusätzliche neue Modelle abseits der großen Klimakonferenzen zu überlegen. Bilaterale Abkommen zwischen der EU und Schwellenländern, zum Beispiel, oder sogar Verträge jenseits der staatlichen Ebenen. Warum sollen sich nicht zum Beispiel die 30 größten Megastädte zu einem Klimapakt zusammenschließen? Eine Ausrede darf das allerdings nicht werden. Ein globales Abkommen bleibt unverzichtbar – und wird jedes Jahr dringender.

Interview: Markus Balsler